

# Evangelische Verantwortung

Herausgeber: Gerhard Schröder - Werner Dollinger - Wilhelm Hahn  
Gerhard Stoltenberg - Walter Strauß

## UNSER VERHÄLTNIS ZU POLEN

Peter Petersen

In jeder anständigen Demokratie bemüht sich die Regierung um eine breite überparteiliche Basis für ihre Außenpolitik. Auch wenn die Executive das unbestrittene Recht hat, Verträge auszuhandeln und das Parlament erst braucht, wenn es an die Ratifizierung geht, ist man sich darüber klar, daß künftige Regierungen, auch wenn sie von anderen Parteien gebildet werden, bestehende Verträge kaum je wieder rückgängig machen können, daß sie also einen einmal eingeschlagenen Weg fortsetzen müssen.

Als die neue Ostpolitik der SPD/FDP Regierung eingeleitet wurde, hätte sie ausgehen können von einer Plattform, die während der großen Koalition unter wesentlicher Mitarbeit des damaligen Außenministers Brandt erarbeitet worden war und die von Entschlüssen einer breiten Mehrheit im Parlament getragen wurde.

Diese Politik basierte auf dem Willen, sich um eine echte Entspannung in Europa zu bemühen und sah als Instrumente den Abschluß von Gewaltverzichtsverträgen mit unseren östlichen Nachbarn vor, wie sie Schröder als Außenminister 1966 konzipiert und angeboten hatte. Von Herbert Wehner stammte das Wort vom "langen Atem", den man brauche, wenn man mit dem Osten zu Verträgen kommen wolle.

Unverzichtbare "essentials" dieser Politik waren die politische Zielsetzung zur Verwirklichung des Rechts auf Selbstbestimmung für alle Deutschen, die Sicherung des freien Teiles von Berlin und das Festhalten am Friedensvertragsvorbehalt, weil seine Aufgabe auch die Erreichung der ersten beiden

Nr. 2 25. Februar 1971

### AUS DEM INHALT

Unser Verhältnis zu Polen  
Peter Petersen 1

Bemerkungen zur gegenwärtigen  
Theologischen Diskussion  
in den USA 4  
Eberhard Amelung

Unzulängliche Vorschläge  
zum Scheidungsrecht 6  
Ernst Benda

Wir stellen zur Diskussion:

Der CDU-Parteitag- Parteitag  
ohne politische Führung 8  
Wulf Schönbohm

Die deutschen Kirchen und  
die schwarze Christenheit 10  
Eberhard Stammler

Kurz notiert 12

*Wir weisen auf die vom 5.-6.3.1971  
in Kaiserslautern stattfindende  
Tagung Süd-West des EAK hin. Die  
Einladungen gingen Ihnen schon zu.*

Ziele unmöglich machen würde. Ein weiterer entscheidender Punkt dieser gemeinsamen Außenpolitik war die Erhaltung der in Art.VII des Deutschlandvertrages enthaltene Verpflichtung unserer Alliierten, mit uns eine Politik zu treiben, diese Ziele mit dem Abschluß eines Friedensvertrages zu erreichen. Die Bundesregierung beschloß, einen anderen Weg zu beschreiten und diese gemeinsame Basis zu verlassen. Eine verantwortungsbewußte Opposition, die der Regierung ihr Recht, Außenpolitik auch anders anzulegen, nicht bestreitet, konnte nur versuchen, soviel Gemeinsamkeit wie möglich zu erhalten.

Die Thesen, die mein Kollege Dr. Dichgans und ich nach einer ausgedehnten Reise durch Westpolen und intensiven Gesprächen in Warschau veröffentlichten, waren solch ein Versuch. Sie wurden von manchen Kreisen in unserer Fraktion scharf kritisiert, von Kollegen in der Koalition und der Regierung begrüßt - eine mißliche Lage, denn eigentlich sollte man, wie der Name Opposition impliziert, mit seinen Fraktionskollegen der Regierung und der Öffentlichkeit ein Kontrastprogramm bieten. Wir versuchten bewußt eine Brücke zu bauen, wahrscheinlich waren jedoch beide Pfeiler zu schwach. Und ob die polnische Seite diese Brücke betreten hätte, ist nicht zu beweisen, auch wenn wir - im Mai 1970 - in Warschau Anzeichen dafür zu erkennen glaubten.

Wer uns vorwarf, daß wir mit diesem Versuch die Geschlossenheit und so auch die Glaubwürdigkeit der Opposition gefährdet hätten, hatte sich nicht klargemacht, daß nur eine breite Basis im Parlament eine so emotional geladene Frage - wie die der deutschen Ostgrenze - ohne tiefe bittere Spaltung und großen Schaden für unser Volk hätte beantworten können.

Leider hat die Regierung auch das nicht begriffen - damals so wenig wie jetzt bei der Formulierung eines Standpunktes zum Problem Berlin

Wir haben damals in Warschau und in Bonn gesagt, daß nur ein umfassender Vertrag, der von beiden Völkern als fair akzeptiert würde, Grundlage und Ausgangspunkt eines geschichtlichen Neubeginns sein könnte. Wir erklärten, daß wir uns nicht vorstellen könnten, daß die Oder/Neiße-Linie ohne Krieg oder Drohung mit Krieg zugunsten Deutschlands je wieder verändert werden könnte und waren also bereit, von dieser Grenze bei Vertragsverhandlungen auszugehen. Aber wir waren - und sind - überzeugt, daß eine Versöhnung nur eingeleitet werden könnte, wenn beide Seiten alle offenen Fragen gleichzeitig auf den gleichen Tisch legen und daß dem vitalen Interesse Polens an seiner Westgrenze unser ebenso vitales Interesse an der Verwirklichung des Rechtes auf Selbstbestimmung für alle Deutschen - also auch für jene zwischen Elbe und Oder - gegenüber stehen müßte

Daß beides nicht gleichzeitig verwirklicht werden könnte, war uns auch klar. Aber Gomulkas böses Wort, das er eine Woche nach der Unterzeichnung des Vertrages aussprach, daß nämlich dieser Vertrag ein Schritt auf dem Wege zur Normalisierung sei, die Anerkennung Ulbrichts durch Bonn logischerweise der nächste sein müsse, ist genau das Gegenteil von dem, was wir von der polnischen Seite erwarten würden. Weiter waren wir der Meinung, daß jemand, der ehrlich Versöhnung zwischen den Völkern anstrebt, nicht das Schicksal der Deutschen in Polen vergessen darf, und schließlich (wir führten damals noch eine Reihe weiterer Punkte an) waren wir der Überzeugung, daß in einem letzten Paragraphen eines Vertrages weitere Forderungen

einer an die andere Seite rechtlich ausgeschlossen werden müßten.

Die Regierung hat leider einen ganz anderen Vertrag mit nach Hause gebracht - einen Vertrag, den Herr Scheel auch per Post hätte bekommen können, da er ausschließlich die Maximalforderungen der polnischen Seite enthält.

Und er hat ein historisch eminent wichtiges Element ausgeklammert, das unentbehrlich ist, wenn man Versöhnung zwischen Völkern anstrebt: Julian Bartosz schreibt (am 1. Januar 1970) in der Gazeta Robotnicza: "Früher erreichten uns von verschiedenen Seiten in der Bundesrepublik Deutschland Vorschläge zu einer "christlichen Versöhnung", und zur "Vergebung des auf beiden Seiten zugefügten Unrechts", wozu sich das ganze polnische Volk auf eine eindeutig negative Weise geäußert hat..... Unser Sieg vom 7. Dezember ist ein Sieg des politischen Gedankens unserer Partei ...."

Jeder geschulte Kommunist weiß ganz genau, warum der Satz aus dem berühmten Brief der deutschen katholischen Bischöfe an das polnische Episkopat: "Wir vergeben und bitten um Vergebung" eine so scharfe Reaktion der Parteiführung auslöste und er hält es auch für logisch (oder besser ideologisch) richtig, daß das erschütternde Bild des knieenden Kanzlers vor dem Ghettodenkmal in keiner polnischen Publikation veröffentlicht wurde.

Jeder aber, der Gelegenheit zu einer Fahrt durch Polen und zu unbeaufsichtigten Gesprächen dort hat, oder intensiv mit älteren Vertriebenen spricht, weiß, daß das Element der Vergebung der Schlüssel für eine echte Versöhnung ist.

Regierungen denken in Kategorien von Macht und Geografie, von Zahlungsbilanz und Brutto-Sozialprodukt. Das ist normal. Wenn aber Inhaber der Macht, wie jene in Warschau, den Weg verbauen, auf dem Menschen ihres Volkes um Vergebung bitten und Vergebung gewähren, dann bezweifle ich, ob es diesen Leuten neben der Sicherung ihres Herrschaftsbereiches wirklich auch um einen echten Neuanfang in der Beziehung zwischen den Menschen geht.

Aber wie dem auch sei - vielleicht denkt ein Theologe einmal über die mögliche Gefährdung des kommunistischen Glaubens durch einen Einbruch von Vergebung im christlichen Sinne nach, die kommunistischen Denker haben das längst getan - der Vertrag vom 7. Dezember ist als isolierter Grenzvertrag unterschrieben. Er ist eine "Realität", zu der wir eines Tages nur Ja oder Nein sagen können. Wer die Regierung in Schwierigkeiten bringen wollte - und die Aufgabe der Opposition primär darin sehe - müßte diesen Vertrag ablehnen. Dazu gibt es viele überzeugende Gründe, nicht zuletzt den, daß die Hauptbetroffenen, die früheren Bewohner von Schlesien, Ostbrandenburg, Hinterpommern und Ostpreußen nicht nur nicht gehört, sondern brutal hintergangen wurden. Und das im Gegensatz zu allem, was Brandt, Wehner, Erler und alle anderen führenden Sozialdemokraten 20 Jahre lang erklärt haben.

Dadurch besteht die Gefahr, daß dieser Vertrag nicht nur nicht zu einer echten Versöhnung zwischen dem deutschen und dem polnischen Volk führt, sondern darüberhinaus zu einer tiefen Spaltung unseres eigenen. Die üblen Vorgänge von Würzburg sind ein Symptom.

Wenn ich dennoch nicht endgültig "nein" gesagt habe, dann deshalb, weil ich nicht weiß, in welcher politischen Gesamtlage wir uns befinden, wenn dieser Vertrag zur Ratifizierung vorgelegt wird. Ich halte es für durchaus denkbar, daß die Ostverträge in absehbarer Zeit den Bundestag garnicht erreichen. Wenn man die letzten Reden von Breschnjew und Ulbricht liest, wenn man den steigenden Einfluß Mocsars in Polen beobachtet, wenn man verfolgt, was in Berlin, aber auch im Mittleren Osten, bei SALT geschieht (oder auch bei der Demonstration des "geregelten Nebeneinander beider deutscher Staaten etwa in Guinea), werden diese Zweifel genährt und man bedauert umso mehr, daß unserer Regierung der "lange Atem" ausging.

## BEMERKUNGEN ZUR GEGENWÄRTIGEN THEOLOGISCHEN DISKUSSION IN DEN USA

Eberhard Amelung

Aufgrund der historischen Entwicklung war das theologische Gespräch in den Vereinigten Staaten schon immer sehr viel vielstimmiger als bei uns. Es vollzog sich auch immer auf mehreren Ebenen. Ein Teil findet natürlich seinen Niederschlag in den wissenschaftlichen Zeitschriften, deren es allerdings weniger gibt als in Europa. Teilweise betrachten die Amerikaner die europäischen Zeitschriften auf diesem Gebiet auch als ihre eigenen Publikationsorgane.

Die zweite Ebene bilden die zahlreichen Wochen- und Monatszeitschriften der verschiedenen Denominationen, deren Niveau zum Teil recht hoch ist. Diese Ebene des Gesprächs ist durch den kirchlichen Pluralismus bedingt, der sich allerdings mehr und mehr verliert. In den vergangenen Jahren haben sich viele Kirchen vereinigt.

Die dritte Ebene des Gesprächs sind die große Reihe der wissenschaftlichen Publikationen, in denen sich verschiedene Autoren zum gleichen Gegenstand zu Wort melden. Diese Teampublikationen, die bei uns auch mehr und mehr üblich werden, haben in den USA eine alte Tradition.

Die letzte Ebene schließlich bilden jene halb wissenschaftlich, halb populären Bücher, die in zunehmendem Maße das Gespräch bestimmen. Sie sind im allgemeinen sehr verständlich geschrieben, so daß sie schnell über den Kreis der Fachleute hinaus wirken. Die Bücher von Harvey Cox, die auch ins Deutsche übersetzt worden sind, bilden vielleicht das beste Beispiel für diesen Typ.

Das amerikanische theologische Gespräch in den letzten zwanzig Jahren beschäftigte sich im wesentlichen mit denselben Themen wie unsere theologische Diskussion. Eigentlich systematisch-theologische Fragen, die die Kirche Jahrhunderte hindurch bewegt haben, sind in den Hintergrund getreten. Die Ethik im weitesten Sinne des Wortes ist das Thema. Wie sehr sich die Situation drüben und hier ähnelt, zeigt sich u.a. daran, daß theologische Publikationen oft schon in die andere Sprache übersetzt worden sind, ehe sie im Ursprungsland wirklich bekannt wurden. Als charakteristisch für die gegenwärtige Diskussion sollen zwei Bücher genannt werden. Es sind die "Ethik" von Paul Lehmann, und Josef Fleckners Buch "Moral ohne Normen". Beide Bücher erschienen innerhalb v

Jahresfrist in der deutschen Übersetzung - ein für frühere Zeiten ganz ungewöhnlicher Vorgang.

Im Hintergrund beider Bücher steht die Gestalt Dietrich Bonhoeffers, obwohl sie sich nicht thematisch mit ihm auseinandersetzen. Das Werk vor allem des späten Bonhoeffer steht nach wie vor im Zentrum der amerikanischen theologischen Diskussion. Er hat darin Emil Brunner abgelöst, der von den dreißiger bis in die fünfziger Jahre hinein der einflußreichste europäische Theologe in den Vereinigten Staaten war. Karl Barth wurde erst später bekannt; erst in den fünfziger Jahren begann man die "Dogmatik" zu übersetzen. Er hat zwar das Denken beeinflußt, hat aber die Szene nie so beherrscht wie er es in Europa tat.

Paul Lehmann war Bonhoeffers Freund während dessen Studienaufenthaltes in den USA. So ist es nicht verwunderlich, daß Lehmann viel dazu beigetragen hat, das Werk Bonhoeffers bekanntzumachen. Seine Ethik zeigt zwar eine gewisse Verwandtschaft mit den Gedanken Bonhoeffers, doch ist Lehmann nicht von ihm abhängig. Ausgangspunkt des christlichen und ethischen Denkens ist nach Lehmann der von Gott geschaffene Kontext des Christen in der Welt. Dieser Kontext ist die Gemeinde, in der der Christ lebt und die er als Gottes Handeln in der Welt erlebt. Lehmanns Ethik nimmt ihren Ausgang also nicht in dem als Gesetz verstandenen biblischen Zeugnis, auch nicht in dem als Gesetz verstandenen Wort Gottes, sondern die ethische Antwort wird von der Frage danach geleitet, was Gott in der Welt tut. Der Christ ist ein Nachschaffender, er folgt dem nach, was Gott in der Welt schon getan hat. Im Kontext von Gottes Tun relativieren sich menschliche Institutionen und Traditionen.

Dieser Ansatz Paul Lehmanns hat sich bisher vielleicht am stärksten in der sogenannten Theologie der Revolution ausgewirkt, deren Vorgesprecher sich auch immer wieder auf Lehmann beziehen. Umgekehrt hat dieser selbst erhebliche Denkanstöße in der Begegnung mit der Situation der Kirche in Südamerika erhalten.

In welcher Weise die Ethik das theologische Gespräch weiter beeinflussen wird, läßt sich heute nicht voraussehen. Er hat ja ein sehr schwer verständliches Buch geschrieben, das nicht von heute auf morgen in das theologische Gespräch eingehen konnte.

Ganz anders ging es mit dem Büchlein von Josef Fletcher, das hier an zweiter Stelle genannt werde. Es hat unmittelbar eine heftige Kontroverse entfacht. Das ist umso erstaunlicher, als Fletcher nur in seiner Weise - vielleicht ein wenig überspitzt - das Resümee der ethischen Diskussion der letzten fünfzig Jahre gezogen hat. Deshalb beruft er sich auch zu Recht auf die europäischen Theologen Emil Brunner, Karl Barth, Bonhoeffer und Bultmann sowie auf eine lange Reihe amerikanischer Vorgänger. Vielleicht hat Fletcher die Theologen und die Laien so aufgeregt, weil er nicht ein junger Stürmer und Dränger ist, wie die Vertreter der Theologie der Revolution, und auch nicht ein Mann der Kirche, der sich noch nicht in der wissenschaftlichen Theologie ausgewiesen hat wie z.B. John A.T. Robinson, der Bischof von Woolich, den manche wissenschaftlichen Theologen mit einer Handbewegung abtun konnten. Fletcher hatte sich vor diesem Buch schon einen Namen gemacht als Sozialethiker, der als Anglikaner immer ein wenig in den Fußstapfen des berühmten anglikanischen Bischofs Tempel gegangen war. Fletcher hat viele verschiedene Ansätze des ethischen Denkens in einer radikalen

und einfachen Weise zusammengezogen in dem Satz: Christliche Ethik ist Liebesethik, sie " ist nicht ein Vorschriftenkatalog, nach dem man leben soll, sondern das ständige Bemühen, die Liebe in einer Welt der Relativitäten zur Geltung zu bringen; ihr Mittel ist eine der Liebe gehorsame Kasuistik. Christliche Ethik hat die immerwährende Aufgabe, Strategie und Taktik der Liebe um Christi willen auszuarbeiten" (Moral ohne Normen? S.144). So ist die Liebe das einzige Gesetz, welches Fletchers gelten läßt. Sie allein ist in der Lage, ethische Konflikte in richtiger Weise zu lösen. Sie allein kann eine Situation deuten, sodaß einsichtiges Handeln möglich wird. Fletcher stellt sich selbst in die Reihe der "Situationsethiker", die alle in verschiedener Schattierung betonen, daß die Situation die Tradition in jeglicher Form aufhebt, oder anders gesagt, daß sich die Tradition an der Situation bewähren muß und nicht umgekehrt. In diesem Sinne zitiert Fletcher Emil Brunner, der sagt: "Liebe ab ist gerade das Freisein von... Vorausbestimmtheit " (S.21). Die Liebe hat in dem Nächsten ihr Ziel, und sie ist Liebe nur, wenn sie dem Nächsten gerecht wird. Deshalb ist sie auch mit der Gerechtigkeit identisch.

Gerade auf den letzten Satz hat sich die heftige Diskussion in besonderer Weise bezogen, da hier die politischen Implikationen dieser Theorie hervortreten. Er zeigt aber zugleich, wie sehr Fletchers Buch Ausdruck einer gesellschaftlichen Umbruchsituation ist. Im Umbruch aber befinden sich die USA gegenwärtig ohne Zweifel. Von daher gesehen ist Fletchers Buch und die ihm folgende Diskussion ein guter Schlüssel zum Verständnis der gegenwärtigen theologischen Situation in den USA.

## UNZULÄNGLICHE VORSCHLÄGE ZUM SCHEIDUNGSRECHT

Ernst Benda

Für seinen Diskussionsentwurf zum Ehescheidungsrecht hat der sozialdemokratische Bundesjustizminister Jahn viel Kritik einstecken müssen. Auch der jetzt vorgelegte zweite Entwurf des Justizministers ist nach wie vor von einer befriedigenden Regelung des Ehescheidungsrechts weit entfernt.

Unabhängig von der Haltung der Kirchen und der mit ihnen von der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung geteilten Auffassung vom Wesen der Ehe als einer grundsätzlich auf Lebenszeit angelegten Gemeinschaft schützt auch das staatliche Recht Ehe und Familie vor dem Mißverständnis, es handele sich nur um eine beliebig längere oder kürzere Zeit des Zusammenlebens, das durch einfache Kündigung beendet werden kann. Dies verkennt der neue Referentenentwurf des Justizministeriums, der praktisch ermöglicht, daß sich der der Ehe überdrüssig gewordene von ihr lösen kann, wenn er seine mangelnde Bereitschaft, die Ehe fortzusetzen, durch eine dreijährige häusliche Trennung zum Ausdruck gebracht hat. Praktisch bedeutet dies das Recht auf einseitige Verstösung des anderen Ehepartners, ohne daß dieser sich hiergegen wehren kann.

Gegen diese Vorstellungen hat die CDU/CSU-Bundestagsfraktion schwer

Bedenken geäußert, die sich mit der in weiten Kreisen der Öffentlichkeit geäußerten Kritik treffen. Einigkeit besteht darüber, daß eine sinnlos gewordene, nur dem äußeren Anschein nach bestehende Ehe nicht künstlich aufrechterhalten werden soll; aber es ist notwendig und gerechtfertigt, den an der Ehe festhaltenden Partner vor einseitiger Kündigung der Ehe und vor Verstoßung dann zu schützen, wenn er für seinen Wunsch, an der Ehe festzuhalten, berechtigte Gründe vorbringen kann. Der Jahn-Entwurf erlaubt dagegen jedem Ehegatten, sich dann von der ihm lästig gewordenen Ehe zu befreien, wenn er es so will.

Auch die Regelung der Scheidungsfolgen in dem Entwurf des SPD-Ministers ist unzureichend. Der oft und mit Recht kritisierte Kernsatz des Diskussionsentwurfes, nach dem nach der Scheidung jeder der früheren Ehegatten selbst für sich zu sorgen habe, ist im Text des neuen Entwurfes zwar nicht mehr enthalten, ergibt sich aber unverändert aus den einzelnen Bestimmungen.

Hier geht es im Kern um die soziale Stellung der Frau in unserer Zeit. In vielen Ehen arbeiten die Frauen mit, um das gemeinsame Einkommen zu vergrößern, oder auch deswegen, weil die Frau sich von einem gerne ausgeübten Beruf nicht trennen will; in vielen Ehen besteht dagegen noch die Vorstellung, nach der der Mann die wirtschaftliche Existenz sichert, die Frau den Haushalt führt und die Kinder betreut. Beide Formen der Eheführung sind, vom Staat her gesehen, gleichberechtigt; es ist nicht Sache des Staates, sondern der eigenen Entscheidung der Ehepartner, ob sie ihre Ehe so oder so gestalten wollen. Der Entwurf zum neuen Ehescheidungsrecht ist der ideologisch fixierten Vorstellung erlegen, daß es einem "modernen" Leitbild von der Stellung der Frau allein entspreche, wenn sie selbst berufstätig bleibe; die Regelung der Scheidungsfolgen wird als ein wirksames Instrument erkannt, um solche gesellschaftspolitischen Vorstellungen durchzusetzen.

Ein so ideologisch verklemmtes Konzept kann nicht zu praktisch befriedigenden, nämlich sozial gerechten Ergebnissen führen. In aller Regel ist in einer Ehe die Frau der sozial schwächere Teil; sie muß daher in besonderem Maße geschützt werden, und zwar um so mehr, als sie sich nach Einführung eines neuen Scheidungsrechtes nicht dagegen wehren kann, daß die Ehe plötzlich und auch gegen ihren Willen geschieden wird. Eine noch jüngere, arbeitsfähige Frau kann zumal nach einer nur kurzen Dauer der Ehe in ihren früheren Beruf verhältnismäßig leicht zurückkehren. Hat sie jedoch Kinder zu betreuen, kann es schon ganz anders sein. Wer viele Jahre oder Jahrzehnte nicht berufstätig gewesen ist, wird auch dann, wenn er noch einen Arbeitsplatz finden sollte, nicht einfach auf den Platz zurückverwiesen werden können, an dem er vor der Ehe stand. Die Regelung der Scheidungsfolgen darf nicht schematisch erfolgen, sondern muß im Einzelfall gerechte Lösungen ermöglichen.

Kürzlich hat der SPD-Fraktionsvorsitzende Herbert Wehner die Vorschläge seines Parteifreundes Jahn zur sozialen Sicherung der geschiedenen Frau als völlig unzureichend bezeichnet und eine Entscheidung über die Scheidungsreform erst dann für möglich gehalten, wenn für die Sicherstellung der Frau und der Kinder eine zufriedenstellende Lösung gefunden wird. Die CDU/CSU-Fraktion hat ihre eigenen Vorstellungen zum Scheidungsrecht der Öffentlichkeit vorgestellt. Sie wird sich für eine

Regelung einsetzen, die Ehe und Familie schützt und die soziale Stellung der Frau sichert.

## WIR STELLEN ZUR DISKUSSION:

### DER CDU-PARTEITAG - PARTEITAG OHNE POLITISCHE FÜHRUNG

Wulf Schönbohm

Der 18. Bundesparteitag der CDU in Düsseldorf war als Programm-~~parteitag~~ angekündigt worden und man durfte gespannt sein, wie sich die Union in der Programmdiskussion zeigte, welche politischen Entscheidungen sie in den kontroversen Fragen fällen würde. Als Diskussionsgrundlage diente der politisch entschärfte und zurückgeschriebene Entwurf des Parteivorstandes.

Schon vor Beginn des Parteitages hatten die Anträge der Kreisverbände signalisiert, daß die Union eher zum Berliner-Programm zurück als zum Kohl-Entwurf vorwärts tendierte. Entsprechend schien sich die Parteiführung eingestellt zu haben, denn wenn eine Rückschreibung des Parteivorstandsentwurfs zum Berliner Programm 1. Fassung verhindert worden ist, dann ist dies sicherlich nicht ~~ih~~ Verdienst.

In der Öffentlichkeit hatte man den Parteitag weitgehend als Forum für potentielle Kanzler-Kandidaten verstanden. Diese Annahme erwies sich als falsch, denn der Parteitag bot das Bild der nüchternen, sachlichen, durchaus niveaureichen Diskussion einer großen Volkspartei, die die Verabschiedung ihres Programms trotz der gegenteiligen Auffassungen von F.J. Strauß ernst nahm. Die beinah etwas gewollte Aufbruchs- und Reformstimmung des vorangegangenen Mainzer Parteitages war allerdings nicht festzustellen. Man schien eher zusammengekommen zu sein, um das solide Programm einer zukünftigen CDU/CSU-Regierung zu verabschieden. Dies setzte daher den teilweise sehr weitgehenden Anträgen zu den umstrittensten Themen des Parteitages - der Mitbestimmung und der Deutschland- und Ostpolitik - in ihrer Durchsetzungschance sehr enge Grenzen.

Es war vorauszusetzen, daß angesichts dieser politischen Grundstimmung des Parteitages der Antrag auf paritätische Mitbestimmung von Anfang an keine Durchsetzungschance mehr besaß; dies galt auch für den entsprechenden Antrag der Jungen Union. Spätestens nach der rhetorisch geschickten Rede Dreggers, die in einigen Passagen politisch durchaus ~~problematisch~~ war, stand dies fest. Es mußte daher nun alles versucht werden, um die Annahme des Bundesvorstandsantrages durchzusetzen, da nur dies ein negatives Urteil der Öffentlichkeit verhindern und die Bindung der Paritätsbefürworter an diesen Beschluß wesentlich erleichtert hätte. Die Annahme des auf Biedenkopf basierenden Parteivorstandsantrages hätte auch den Paritätsgegnern möglich sein müssen, er sich nicht wesentlich vom hessischen Antrag unterschied.

In dieser verfahrenen Situation war daher das Abstimmungsverfahren,



die Reihenfolge der Anträge festlegte, von entscheidender Bedeutung und es bleibt unerfindlich, wie sich die Antragskommission einstimmig darauf einigen konnte, nach dem Antrag der Sozialausschüsse gleich über den hessischen Antrag abzustimmen; denn damit bestand die Wahrscheinlichkeit und Gefahr, daß dieser Antrag auch als erster angenommen wurde, womit alle übrigen Kompromißlösungen unter den Tisch fielen. Nach Bekanntgabe des knappen Ergebnisses wollte kein Jubel aufkommen, denn der Parteitag erschien ob der möglichen politischen Konsequenzen dieses Beschlusses doch leicht ernüchtert.

Es lohnte sich nicht, so ausführlich auf diese Frage einzugehen, wenn durch den Entstehungsprozeß dieser bedeutsamen Entscheidung nicht eines deutlich geworden wäre : Der fehlende politische Führungswille der Parteiführung. Der Parteivorstand und das Präsidium mußten wissen, daß die Annahme seines eigenen Entwurfes für die Partei nach innen und außen wesentlich besser und sachlich vertretbar gewesen wäre; jedoch niemand von der Parteiführung setzte sich wirklich ausdrücklich, energisch und unter Darlegung aller politischen Argumente für den eigenen Antrag ein, im Gegenteil, beinahe das gesamte Parteipräsidium stimmte geschlossen gegen seinen eigenen Antrag.

Der Düsseldorfer Parteitag hat in nie gekannter Schärfe verdeutlicht, wie unsicher und unwillig das Parteipräsidium dann ist, wenn es um die Durchsetzung seiner eigenen politischen Vorstellungen gegen Widerstand aus den eigenen Reihen geht. Niemand wollte anecken und sich exponieren, niemand wollte es mit irgendjemand verderben. Man könnte daraus beinahe den Schluß ziehen, daß das Parteipräsidium erst dann in Aktion tritt, wenn es immer genau die überwiegende Mehrheit hinter sich weiß. Wenn alle übrigen Delegierten sich ebenso verhalten hätten, dann wäre dies der Parteitag der Langeweile und totalen politischen Stagnation geworden, und die Programmdiskussion wäre nicht ein Stück vorangekommen. Es ist zu wünschen, daß die Parteiführung die Kritik aus den Reihen der Delegierten zu diesem Verhalten ernst nimmt und sich in Zukunft bereitwilliger der innerparteilichen Diskussion stellt und an ihr beteiligt.

Die zweite, besonders kontroverse Frage - die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze - wurde vor einem bereits abgekämpften Parteitag behandelt. Es sprach für die Fairneß dieses Parteitages, daß er den Antrag der Jungen Union nicht einfach vom Tisch wischte, sondern ihnen Vertretern die Gelegenheit gab, den Antrag ausführlich zu begründen und zu erläutern. Wahrscheinlich hat gerade diese grundlegende Diskussion es verhindert, daß in den Deutschland- und ostpolitischen Fragen noch weniger flexible Festschreibungen vorgenommen wurden.

Der 18. Bundesparteitag der CDU in Düsseldorf und das dort verabschiedete Programm sind vielerorts als Beleg für den endgültigen Rechtsruck der CDU und deren Profilierung als Unternehmerpartei angesehen worden. Diese Auffassung ist sicherlich nicht zutreffend - wengleich man seine Enttäuschung über manche Entscheidung auch nicht verhehlen kann - denn die Gesamtheit der vom Parteitag am Parteivorstandsentwurf vorgenommenen Änderungen stellt für die CDU einen nicht unwichtigen programmatischen Schritt nach vorne dar. Die CDU wird auch in Zukunft eine Partei der Mitte bleiben. Daß die vom Mainzer Parteitag gestellte Aufgabe, ein Programm zu schaffen, daß "die Politik der Union insbesondere der jüngeren Generation, der Großstadtbevölkerung

und Arbeitnehmerschaft verständlich" macht, nicht erreicht worden ist, liegt sicherlich zu einem nicht unbeträchtlichen Teil auch am Parteivorstand und -präsidium.

Gemessen an den Maßstäben von Mainz ist das Ergebnis von Düsseldorf nur ein halber und zaghafter programmatischer Schritt nach vorn. Aber immerhin dies gilt es der Bevölkerung zu verdeutlichen und damit läßt sich politisch arbeiten.

## DIE DEUTSCHEN KIRCHEN UND DIE SCHWARZE CHRISTENHEIT

Eberhard Stammler

Kein Thema hat seit der Ostdenkschrift die evangelische Kirche (und auch die Öffentlichkeit) so erregt, wie das Antirassismus-Programm des Ökumenischen Rats der Kirchen. Plötzlich schienen zwei scharfe Fronten gegeneinander aufzumarschieren: die einen galten als Anhänger, die anderen als Gegner der Gewalt. Als besonders grotesk mußte es erscheinen, daß sich dabei die Fronten um 180 Grad gedreht hatten: Die Lutheraner, die bisher (zum Beispiel in der Frage der Militärseelsorge) durchaus Gewaltanwendung für vertretbar hielten, entschieden sich nun für unbedingte Gewaltlosigkeit; die "Linksprotestanten" dagegen, die in der ersten Nachkriegszeit vielfach einen entschiedenen Pazifismus vertraten, stellten sich nun an die Seite von Befreiungsbewegungen, die mit militärischer Gewalt operieren. Allerdings war die Diskussion dadurch erheblich verzerrt, daß bei uns immer mehr der Eindruck entstand, die Probleme Afrikas seien auf deutschem Boden zu lösen, während man dabei übersah, daß dort völlig andere Voraussetzungen und andere Traditionen herrschen als bei uns.

Ausgangspunkt war eine Tagung vom September in Arnoldshain gewesen, in der das Exekutivkomitee des Weltkirchenrats den Beschluß gefaßt hatte, neunzehn Organisationen ( vor allem im südlichen Afrika) finanziell zu unterstützen. Darunter waren einige Freiheitsbewegungen, von denen bekannt ist, daß sie in ihrem Kampf gegen die weiße Vorherrschaft auch militärische Gewaltmittel anwenden. Im Ganzen handelte es sich um einen Betrag von 200 000 Dollar, der dienen sollte, diesen Organisationen in ihrem Widerstand gegen den "weißen Rassismus" den Beistand der Christenheit auszusprechen. Allerdings entfielen auf die einzelnen Bewegungen höchstens 15 bis 20 000 Dollar, und es war verbindlich erklärt worden, daß mit diesen ( verhältnismäßig geringen ) Geldern lediglich humanitäre Aufgaben erfüllt werden sollten.

Erst als der Ministerpräsident der Republik Südafrika gegen diesen Beschluß protestiert hatte, war man auch in Deutschland darauf aufmerksam geworden. Nach einem kritischen Brief des Ratsvorsitzenden Bischof Dietzfelbinger, nach Genf hat sich dann vor allem die Vereinigte Lutherische Kirche entschieden gegen eine solche Hilfsaktion ausgesprochen, sofern damit Anwendung von Gewalt unterstützt werden sollte. Auf der anderen Seite hatte die Hessen-Nassauische Kirche durch ihre Synode beschlossen, 100.000.-- DM aus Kirchensteuermitteln für diesen Zweck bereitzustellen. Die Fronten waren schließlich s

verhärtet, daß auch ein Gespräch zwischen dem Rat der EKD und den Repräsentanten des Genfer Weltkirchenrats im Dezember zu keinem Ergebnis führte.

Inzwischen aber hat sich nun doch eine Klärung ergeben. Im Januar tagte der hundertköpfige Zentralaussschuß des Weltkirchenrats in Addis Abeba, und dort kam es zu einer erstaunlichen Einigung. Mit allen Stimmen (und zwar einschließlich der deutschen Vertreter) wurde eine Erklärung gebilligt, nach der erneut dieses Anti-Rassismus-Programm Zustimmung fand. Offensichtlich war es entscheidend, daß man nun nicht mehr vom europäischen, sondern vom afrikanischen Horizont aus diese Probleme kennenlernte, und vor allem die klaren Voten der afrikanischen Christen scheinen einen starken Eindruck hinterlassen zu haben. Man stellte fest, daß der Beschluß von Arnoldshain rechtens gewesen sei und daß man sogar dieses Programm weiter ausbauen wolle, wobei es jetzt allerdings darauf ankomme, daß die Kirche noch mehr deutlich mache, worin ihr eigener Beitrag bestehe.

In diesem Zusammenhang darf auch darauf hingewiesen werden, daß der deutsche Vertreter bei dem Beschluß in Arnoldshain, der Bundestagsabgeordnete Dr. Richard von Weizsäcker, Vorstandsmitglied des Evangelischen Bundesarbeitskreises der CDU/CSU, war. Er hat sich damals allerdings an der Abstimmung selbst nicht beteiligt und damit Stimmenthaltung praktiziert, aber er sah sich auch anschließend nicht verpflichtet, dagegen zu protestieren. Nunmehr, nach seiner Rückkehr aus Addis Abeba, stellte er deutlich fest, daß diese umstrittenen Beschlüsse von Arnoldshain durchaus den früher beschlossenen und bekannt gewordenen Richtlinien des Weltkirchenrats entsprechen und daß auch er die neuerliche Entscheidung von Addis Abeba bejahe. Ebenso vertritt auch er jetzt die Auffassung, daß bei der Weiterführung des Programmes vorallem die kirchlichen Aspekte noch deutlicher ins Spiel gebracht werden sollten.

Wahrscheinlich ist damit die innerdeutsche Diskussion zwar wesentlich entschärft, aber wohl doch noch nicht ganz ausgestanden. Vor allem ist dabei offenkundig geworden, daß das deutsche Luthertum auf eine Tradition zurückgreift, die sich bisher auf die Frage nach dem Widerstand gegen die Obrigkeit kaum eingelassen hatte. (Darum ist bei uns auch die Problematik des 20. Juli und seine theologische Bedeutung noch nicht voll aufgearbeitet worden). Dabei ist interessant, daß im Gegensatz dazu zum Beispiel die finnischen Lutheraner das Anti-Rassismus-Programm eindeutig bejahten. Dort wurde darauf hingewiesen, daß zum Beispiel während des finnisch-sowjetischen Krieges 1941 schwedische Kirchen Militärflugzeuge für ihre finnischen Glaubensbrüder gespendet haben.

Einige der inzwischen aufgerührten Fragen werden im Laufe der nächsten Zeit doch noch einer Antwort bedürfen : so ist zu klären, in welchem Maß für welche Zwecke Kirchensteuermittel angesetzt werden können. (In Genf weist man immerhin darauf hin, daß inzwischen fünfhunderttausend Mark an Freiwilligenspenden eingegangen seien). Noch schwieriger aber ist das Problem, wie und mit welchen Mitteln die afrikanische Bevölkerung ihren Befreiungskampf gegen die Reste der europäischen Kolonialherrschaft führen soll. Wie der Gewalt von oben die Macht von unten entgegengesetzt werden kann, wie ungerechte Herrschaftssysteme durch gerechtere abgelöst werden können und wie die Christen sich in einem solchen Kampf verhalten sollen - das sind Fragen, die aufs gründlichste neu durchdacht werden müssen. Immerhin

kann daran erinnert werden, daß ja auch der gegenwärtige Bestand unserer abendländischen ( und besonders der deutschen ) Kirchen weithin auf das Ergebnis von Gewaltpolitik und von Kriegen zurückzuführen ist, und insofern werden wir gut daran tun, bei der Antwort auf die heute gestellten Fragen unsere eigene Geschichte kritisch zu bedenken.

## HINWEIS

Vielen Lesern der "Evangelischen Verantwortung" ist der Name Paul Bausch ein geläufiger Begriff. Sein politischer Weg begann am Ende der Weimarer Republik als Reichstagsabgeordneter des Christlich-Sozialen Volksdienstes (CSVD), den er mitbegründen half. Nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches gehörte er dann zu jenen Männern der ersten Stunde, die den Aufbau der Demokratie vorantrieben. Er zählte zu den Gründungsmitgliedern der CDU in Württemberg und wirkte auch im dortigen EAK in der vordersten Linie. Das Werden unseres Staates erlebte er als Landtags- u. Bundestagsabgeordneter bis 1965 auf der parlamentarischen Ebene mit.

Vor kurzem erschienen nun die Erinnerungen von Paul Bausch unter dem Titel : "Lebenserinnerungen eines schwäbischen Abgeordneten". Das ca. 320 Seiten umfassende Buch enthält zahlreiche Bilder und eine Anzahl von Dokumenten, zum Teil schon historischer Art. Bausch reiht nicht allein Fakten aneinander, vielmehr geht es ihm darum, Hintergründe aufzuhellen, sein eigenes und das Verhalten anderer Persönlichkeiten zu motivieren, kurz: ein engagierter Bericht eines engagierten Politikers. Das Buch gehört zu den lesenswerten Neuerscheinungen auf dem Sektor der Erinnerungsliteratur.

*Bausch, Paul: Lebenserinnerungen eines schwäbischen Abgeordneten, Korn-  
tal 1970.*

*Die Leser der EV können dieses Buch zum Preis von DM 12,-- bei dem Ver-  
fasser beziehen. Anschrift: Paul Bausch, 7015 Korntal, Friederichstr. 50*

## UNSERE AUTOREN :

- Eberhard Amelung : Dozent an der evangelisch-theologischen Fakultät  
der Universität Marburg. 355 Marburg, Spiegels-  
weg 2
- Ernst Benda : CDU-Bundestagsabgeordneter aus Berlin.  
53 Bonn, Bundeshaus
- Peter Petersen : CDU-Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises  
Leonberg/Vaihingen. 53 Bonn, Bundeshaus
- Wulf Schönbohm M.A. : 5201 Pützstück
- Eberhard Stammler : Pfarrer und Publizist. 7 Stuttgart 71,  
Isegrimweg 3 B

---

Verantwortlich für den Inhalt : Peter Egen

Anschrift : Evangelischer Arbeitskreis der CDU/CSU  
53 Bonn/Rhein, Kaiserstraße 22, Ruf 02221-52931

Abdruck kostenlos gestattet - Belegexemplar erbeten

---